

## Dem XI. Parteitag der SED entgegen

### Parteitagssinitiativen und gewerkschaftliche Rechtsarbeit

**HORST HEINTZE,**

*Mitglied des Zentralkomitees der SED,*

*Mitglied des Präsidiums und Sekretär des Bundesvorstandes des FDGB*



Mit ihrem Fleiß und ihrem Schöpfervermögen gelingt es der Arbeiterklasse und allen Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik immer besser, die Vorzüge und Triebkräfte des Sozialismus zur Wirkung zu bringen, die Leistungskraft der Volkswirtschaft zu stärken und das Leben in unserem sozialistischen Vaterland schöner zu gestalten. Der Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Genosse Erich Honecker, bekräftigte zum Jahreswechsel, daß sich die Politik der Hauptaufgabe in der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik im Leben bewährt und unsere gesellschaftliche Entwicklung zuverlässig bestimmt.

Mit der Politik der Hauptaufgabe werden wir die Schwelle des Jahres 2000 überschreiten.

Diese klare Perspektive ist den Werktätigen in der Industrie, im Bau- und Transportwesen, in der Landwirtschaft, in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens Ansporn und Verpflichtung, im Jahr des XI. Parteitages der SED neue, hohe Arbeitsleistungen zu vollbringen. Dabei setzen sie ihre ganze Kraft dafür ein, die Beschlüsse der 10. und 11. Tagung des Zentralkomitees der SED und der 13. Tagung des Bundesvorstandes des FDGB zu verwirklichen, indem sie die materiellen und geistigen Potenzen zur umfassenden Intensivierung voll ausschöpfen und die dynamische Entwicklung der Volkswirtschaft weiterhin sichern.

Zu den Motiven, die der Bereitschaft zugrunde liegen, dafür täglich das Beste zu geben, gehört nicht zuletzt, daß hohe Leistungen zur Stärkung der DDR und des Sozialismus der wirksamste eigene Beitrag für den Frieden ist. Immer mehr Kollektive und Werktätige, vor allem Jugendliche, treten deshalb mit neuen Initiativen hervor, die darauf gerichtet sind, auf entscheidenden Gebieten Spitzenpositionen zu erreichen. Das erfordert, beschleunigt Schlüsseltechnologien einzuführen, immer mehr Spitzenergebnisse mit Mikroelektronik zu konstruieren und mit modernen Technologien zu fertigen.

Dieser Anforderung werden die Kollektive immer besser gerecht, wie ihre Ergebnisse im sozialistischen Wettbewerb zeigen. Unter der Losung „Hohe Leistungen zum Wohle des Volkes und für den Frieden — Vorwärts zum XI. Parteitag der SED!“ setzen sie ihre ganze Kraft dafür ein, die neuesten Erkenntnisse von Wissenschaft und Technik rasch für das ökonomische Wachstum wirksam werden zu lassen. Das ist und bleibt die wichtigste Aufgabe der auf die umfassende Intensivierung der Produktion gerichteten Wirtschaftsstrategie der SED. Dafür gilt es jetzt neue Schritte zu gehen, noch engere ökonomische Beziehungen zwischen den Kombinat und den wissenschaftlichen Einrichtungen herzustellen und auf dieser Grundlage mit modernen Schlüsseltechnologien ein bedeutendes und rasches Wachstum der Produktivität und Effektivität der Arbeit zu erreichen. Für die Gewerkschaften bedeutet das u. a. auch, ihre Aufgaben für eine wirksame Rechtsarbeit sowie die Weiterentwicklung des Staats- und Rechtsbewußtseins der Werktätigen als festen Bestandteil ihrer Leitungstätigkeit zu lösen. Ein orientierendes Beispiel guter Arbeit auf diesem Gebiet liefern die Werktätigen im Kreis Annaberg, die mit der Initiative „Mit Sicherheit den Plan erfüllen“ den XI. Parteitag vorbereiten.

#### *Hauptaufgabe und gewerkschaftliche Rechtsarbeit*

Als umfassender Klassenorganisation sind den Gewerkschaften grundlegende Rechte zur aktiven Mitgestaltung der sozialistischen Rechtsordnung und zur Kontrolle über die Wahrung der gesetzlich garantierten Rechte der Werktätigen eingeräumt. Für die Wahrnehmung dieser Rechte in der täglichen Praxis tragen alle gewerkschaftlichen Vorstände und Leitungen eine hohe Verantwortung, zumal die gewerkschaftliche Rechtsarbeit das Leistungswachstum und die Leistungsbereitschaft der Werktätigen im sozialistischen Wett-

bewerb zur Erfüllung und gezielten Überbietung des Volkswirtschaftsplanes fördert und bestimmend dazu beiträgt, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen planmäßig weiter zu verbessern. Deshalb kommt dem sozialistischen Recht bei der Verwirklichung der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik wachsende Bedeutung zu. Zwischen der allseitigen Stärkung des Sozialismus, dem Wirksamwerden aller seiner Potenzen und der Ausprägung der sozialistischen Rechtssicherheit besteht ein untrennbarer Zusammenhang. So bewährt sich seit nunmehr acht Jahren das Arbeitsgesetzbuch als mobilisierende Kraft für die Lösung der ökonomischen und sozialpolitischen Aufgaben. Als Magna Charta der Arbeit ist es Grundlage der täglichen Gewerkschaftsarbeit in den Kombinat und Betrieben.

In der neuen Etappe der ökonomischen Strategie gilt es, die konsequente Verwirklichung der Bestimmungen des AGB darauf zu richten, den Prozeß der umfassenden Intensivierung aller Bereiche der Volkswirtschaft zu unterstützen. Die gewerkschaftlichen Vorstände und Leitungen nehmen Einfluß darauf, daß arbeitsrechtliche Fragen bei der Durchsetzung der sozialistischen Rationalisierung und der Automatisierung ganzer Produktionsabschnitte in kameradschaftlicher Zusammenarbeit mit den staatlichen Organen und Betrieben bereits in Vorbereitung dieser Maßnahmen gelöst werden. Sie sorgen dafür, daß die Vorschläge und Hinweise der Werktätigen rechtzeitig beachtet und die gemeinsamen Konzeptionen zur Verwirklichung von Rationalisierungs- und Automatisierungsvorhaben sowohl die Erfüllung der technisch-ökonomischen Kennziffern als auch die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen zum Inhalt haben. Dazu gehören vor allem Lösungsvorschläge für Einsatzmöglichkeiten der Werktätigen und Qualifizierungsmaßnahmen einschließlich deren Stimulierung, die neuen Entlohnungsbedingungen, der künftige Anspruch auf Erholungsurlaub und ähnliches.

#### *Systematische Rechtsarbeit zur Erhöhung der Rechtssicherheit \*4*

Auf der Grundlage des Arbeitsgesetzbuches werden die ununterbrochene Teilnahme der Werktätigen am Arbeitsprozeß und damit die Wahrnehmung des Rechts auf Arbeit gesichert. Durch die gewerkschaftliche Einflußnahme gelingt es vor allem auch mit, den qualifikationsgerechten Einsatz entsprechend den gesellschaftlichen Erfordernissen und den persönlichen Interessen zu gewährleisten. Die „Ordnung für die Wahrnehmung der Rechte der Gewerkschaften beim Abschluß, bei der Änderung und bei der Auflösung von Arbeitsverträgen“ vom 21. Juni 1978 hat sich in diesem Prozeß bewährt. Die kontinuierliche Arbeit mit dieser Ordnung wird immer mehr zum Bestandteil der Leitungstätigkeit der betrieblichen Gewerkschaftsleitungen, wie das Sekretariat des Bundesvorstandes des FDGB auf seiner Beratung im November 1984 einschätzen konnte.

Das Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen vom 4. Juli 1985 versetzt die Gewerkschaften in die Lage, rechtliche Fragen zur Weiterentwicklung der territorialen Rationalisierung im Interesse der Arbeiter und aller Werktätigen schneller und besser lösen zu helfen.

Die vom Präsidium und Sekretariat des Bundesvorstandes des FDGB in den vergangenen Jahren zur Rechtsarbeit gefaßten Beschlüsse haben die Betriebsgewerkschaftsorganisationen und ihre Organe befähigt, ihr Vereinbarungs-, Vorschlags-, Zustimmungs-, Informations- und Kontrollrecht mit ständig wachsendem Niveau wahrzunehmen. Das zeigt sich u. a. in den gründlich vorbereiteten und unter Einbeziehung aller Werktätigen durchgeführten Plandiskussionen sowie in konstruktiven Stellungnahmen zu den Planentwürfen der Betriebe.

Die arbeitsrechtlichen Kenntnisse der Gewerkschafts-